

# Ein unerwarteter Durchbruch

Schweizer Konzerne müssen künftig auch im Ausland Mensch und Umwelt schützen. So will es der Nationalrat. Die FDP half mit.

## Christoph Lenz

Es gibt die normale Bundespolitik. Trocken. Technisch. Aufregungsarm. Und dann gibt es Geschäfte, bei denen alles ein bisschen anders ist, bei denen die politischen Naturgesetze aufgehoben scheinen und sich die Überraschungen und Kuriositäten jagen bis zu ihrer Erledigung. Die Konzerninitiative ist ein solches Geschäft.

Seit Monaten lobbyiert der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse gegen die von NGOs und Hilfswerken gesammelte Volksinitiative, die Schweizer Konzerne verpflichten will, im Ausland Menschenrechte und Umweltstandards einzuhalten. Trotz dieses Widerstands

verabschiedete der bürgerlich dominierte Nationalrat gestern ein Gesetz, das den Initianten ein grosses Stück entgegenkommt. So weit, dass die Hilfswerke und NGOs versprochen haben, ihr Volksbegehren zurückzuziehen und den Urnengang abzublasen, falls das Gesetz genau so in Kraft tritt, wie es verabschiedet wurde.

SVP-Sprecher Claudio Zanetti warnte gestern zwar, dass dieser indirekte Gegenvorschlag zur Konzerninitiative wirtschaftsschädlich sei und Schweizer Unternehmen international angreifbar und erpressbar mache. Doch bereits bei der FDP, die für sich immerhin das Etikett Wirtschaftspartei beansprucht, stiessen diese Warnungen auf taube Ohren. Eine deutliche Mehrheit des Freisinns sprach sich - gemeinsam mit BDP, GLP, CVP und der geschlossenen Linken - für den Kompromiss bei der Konzerninitiative aus.

Für die bürgerliche Mitte standen dabei zwei Argumente im Vordergrund: Einerseits erlaubt es der Gegenvor-

schlag, den delikaten Abstimmungskampf gegen eine «Lex Glencore» zu vermeiden. Andererseits haben SVP-Rechtsprofessor Hans-Ueli Vogt und CSP-Nationalrat Karl Vogler, die Väter des Gegenvorschlags, einen Kompromiss ausgearbeitet, der von zahlreichen Unternehmen getragen wird. Diese Lösung, erklärte Beat Flach (GLP) gestern, entspreche der Erwartung der Bürger, dass die Schweizer Konzerne «mit Anstand, Ethik und Moral im Ausland Geschäfte machen».

## Weniger Firmen, tiefere Risiken

Konkret: Die Konzerninitiative würde mehrere Tausend Schweizer Unternehmen dazu verpflichten, ihr Handeln im Ausland regelmässig nach Risiken für Mensch und Umwelt zu überprüfen und darüber Bericht zu erstatten. Der Gegenvorschlag schränkt diesen Kreis der Betroffenen auf die rund 700 grössten Schweizer Firmen ein. Auch bei der Schadenshaftung gibt es wichtige Unterschiede: Gemäss der Initiative müssten

Schweizer Konzerne auch für Schäden an Menschen oder Umwelt haften, die von juristisch unabhängigen Zulieferbetrieben im Ausland verursacht werden. Die Lösung des Nationalrats will die Haftung auf Tochtergesellschaften des Konzerns beschränken. Einklagbar sind zudem nur Schäden an Leib, Leben oder Eigentum.

Der Gegenvorschlag hat gestern also eine wichtige Hürde genommen. Ob er tatsächlich realisiert wird, steht aber noch nicht fest. Das Gesetz geht nun in den Ständerat. Dessen Rechtskommission hat sich bereits einmal dafür ausgesprochen, eine Übereinkunft mit den NGOs und Hilfswerken zu suchen. Doch sind die Ständeräte kaum bereit, den Kompromiss zwischen Nationalrat und Initianten unbesehen abzunicken.

FDP-Ständerat Andrea Caroni etwa will sich nicht einschränken lassen vom Angebot der Initianten, ihr Volksbegehren zurückzuziehen: «Selbstverständlich werden wir uns dieses Konzept sehr genau anschauen und nötige Korrektu-

ren vornehmen», sagt er. Erstens stehe bei diesem Projekt sehr viel auf dem Spiel. «Es gibt die Gefahr, dass die Schweiz ihre Rahmenbedingungen schwächt, weil sie im Alleingang sehr strenge Regeln für hiesige Unternehmen erlässt.» Firmen könnten sich dem durch Sitzverlegung ins Ausland entziehen. Zweitens brauche es ohnehin nicht à tout prix einen Gegenvorschlag. «Ich habe keine Angst vor der Konzerninitiative.» Natürlich gebe es immer Kassandrafälle, dass eine Initiative beim Volk eine Mehrheit finden könne. «Aber seit vier Jahren ist keine Initiative mehr durchgekommen. Wir können der Bevölkerung auch die Mängel dieser Initiative erklären.» Auch CVP-Ständerat Stefan Engler, der sich schon 2017 für einen Gegenvorschlag eingesetzt hat, sagt: «Ich erwarte von den Initianten schon noch Offenheit und Diskussionsbereitschaft.» Verschiedene Facetten des Gesetzes bedürften noch einer inhaltlichen Überprüfung. «Das ist eine ergebnisoffene Diskussion.»